



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 6.— Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 4.— Mk., Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 50 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 5. bis 11. März 1922 ist die Beitragsmarke in das mit 10 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Mitgliederversammlung in Bielefeld hat die Erhöhung des Sozialzuschlages auf 90 Pfg. mit Wirkung ab 1. März 1922 beschlossen.

In der Jahreshitzung wird ab 1. März ein Sozialbeitrag von 50 Pfg. wöchentlich erhoben.

Die Mitgliederversammlung in Glogau beschloß einstimmig, den Sozialbeitrag auf 1.— M. wöchentlich zu erhöhen.

Der Verbandsvorstand gibt hierzu die Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.
J. M. C. Pucher, 1. Vorf.

Verhandlung des Sachausschusses über Umarbeitung und Festsetzung des Preistarifs

Mit dem Sachausschuß hat der Tarifausschuß beauftragt ein Organ eingesetzt, dem innerhalb der Grenzen der Tarifgemeinschaft die Pflicht obliegen soll, alle der Forderung des Gewerbes dienlichen Angelegenheiten zu prüfen und diese dem Tarifausschuß zur Beschlußfassung bzw. Genehmigung zu unterbreiten. Nach § 91 des Tarifs ist dem Sachausschuß ausdrücklich die Mitarbeit an der Festsetzung des Preistarifs zugewiesen worden. Zu diesem Zwecke wurde der Sachausschuß für den 15. Februar und folgende Tage zu Verhandlungen über den Preistarif einberufen. Als Mitglieder des Sachausschusses nahmen an der Verhandlung teil: prinzipalvorsitzend Bär (Leipzig), Förster (Görlitz), Direktor Mielke (München), Sänberlich (Leipzig), Direktor Steinhagen (Berlin); geführtenleitend Engelhardt (Hannover), Gradinger (München), Gallupp (Leipzig), Nimmer (Berlin), Schade (Hamburg); außerdem als Organisationsvertreter für den Deutschen Buchdrucker-Verein Eder (Hannover), Dr. Woelck (Leipzig); für den Verband der Deutschen Buchdrucker Seitz (Berlin), für den Gutenberg-Bund Thranert (Berlin), für den Verband der graphischen Hilfsarbeiter Pucher (Berlin). Alsdann die geschäftsführenden Personen des Tarifamtes. Zur eventuellen Auslastungsverteilung war noch anwesend der Direktor des Berechnungsamtes des Deutschen Buchdrucker-Vereins Bröner. Dem Sachausschuß lag als Beratungsmaterial vor der abgeänderte Preistarif und die zu der Abänderung gehörenden Unterlagen, die in drei Tabellen zusammengefaßt waren. Dieses Material ist durch Umfrage bei einer Reihe verschiedener Buchdruckereien erbracht worden; von dem ermittelten Ziffernmateriale sind im allgemeinen Durchschnittsziffern gezogen, und dementsprechend sind die für die Feststellung der Preistarifs erforderlichen Grundlagen als Kompromißziffern zur Berechnung gekommen. Die Verhandlungen nahmen mehrere Tage angestrengtester Arbeit in Anspruch. Alle Preisveränderungen wurden nachgerechnet und geprüft, ob diese eine den Sätzen des Preistarifs plus beschlossene Steuerzuschläge entsprechende Erhöhung erfahren hatten. Auch wurde bei der Beschlußfassung des Sachausschusses insbesondere die Durchführbarkeit der Sätze des Preistarifs im Auge behalten. Am Schlusse des vierten Verhandlungstages beendete der Sachausschuß die Beratung über den Preistarif mit der Beschlußfassung, daß das Tarifamt den Tarifausschuß um eine schriftliche Abstimmung über den noch vorzuliegenden Preistarif ersuchen möge. Ferner wurde beschlossen, die dem Sachausschuß durch den Tarifausschuß überwiesene Angelegenheit der Tarifierung des Universal-Typograph an den Tarifausschuß zurückzugeben und das Tarifamt um Einholung einer gutachtlichen Neußerung für diese Tarifierung zu ersuchen. Weiter nahm der Sachausschuß Stellung zur Papernet und zu den Papierpreisen; es wurde beschlossen, an das Tarifamt das Ersuchen zu richten, mit einer Eingabe an die Reichsbehörde heranzutreten.

Aus unserer Bewegung im Stein- und Lichtdruckgewerbe

Hamburg.

Die neuen Lohnsätze sehen ab 1. Februar eine Zulage von 63 bis 90 M. für männliche Hilfsarbeiter nach Altersklassen gestaffelt vor. Dazu kommt, wenn der Tariflohn dadurch noch nicht erreicht ist, ein Ausgleichszuschlag bis zu 10 M. (auch für das weibliche Hilfspersonal). Die Wochenlöhne müssen betragen für Hilfsarbeiter von 16 bis 18 Jahren 358,25 M., bis 21 Jahre 372,90 M., bis 24 Jahre 410 M., über 24 Jahre (ledig) 488 M., (verheiratet) 601,60 M. Die Zulage für Anlegerinnen und weibliche Beihilfende unter 16 Jahren beträgt 15 M., für Beihilfende über 16 Jahre, Abnehmerinnen und sonstige Hilfsarbeiterinnen im 1. Jahre ihrer Tätigkeit 45 M., Abnehmerinnen und Hilfsarbeiterinnen erhalten im 2. Jahre ihrer Tätigkeit 64 M. Zulage (Mindestlohn 262 M.), im 3. Jahre 64 M. (272 M.), im 4. Jahre 64 M. (285 M.) und über 24 Jahre alt 60 M. (312 M.). Der Lohn der Anlegerinnen stellt sich nach der Beihilfe im 1. Jahre auf 278 M. (Zulage 68,60 M.), im 2. Jahre 294,60 M. (68,60 M.), im 3. Jahre 310,60 M. (68,60 M.) und wenn sie über 24 Jahre alt sind, auf 340 M. (65 M.). Bronzierer wird mit 5 M. Handbronzieren mit 7 M. täglich vergütet. Das Lohnabkommen hat Gültigkeit bis 31. März 1922.

Bauhen.

Lohnvereinbarung für das Hilfspersonal der Firma Gebr. Wegang, Bauhen. Ab 1. Februar beträgt der Mindestlohn für: Hilfsarbeiter: Im Alter bis zu 16 Jahren 237,50 M., im Alter über 16—18 Jahre 289,50 M., über 18—20 Jahre 369,— M., über 20—22 Jahre 395,50 M., über 22 Jahre, ledig, 447,50 M., verheiratet 458,50 M. Hilfsarbeiterinnen: Im Alter bis zu 16 Jahren 184,50 M., im Alter über 16—18 Jahre 211,— M., über 18—20 Jahre, ledig, 237,50 M., mit eigenem Haushalt 242,50 M., über 20—22 Jahre, ledig, 264,— M., mit eigenem Haushalt 270,— M. Technisches Hilfs- und Kesselpersonal pro Woche 10.— M. mehr. Stein- und Zinkstichter, Steintransporteure, Eiltentenschnider 9.— M. mehr pro Woche. Anlegerinnen und Bogenfängerinnen: Maschinenformat über 95 zu 125 (Anl.) 285,— M., (Bogenf.) 280,— M., Maschinenformat über 82 zu 110 (Anl.) 281,— M., (Bogenf.) 276,— M., Maschinenformat bis 82 zu 110 (Anl.) 278,— M., (Bogenf.) 275,— M., Maschinenformat bis 82 zu 80 (Anl.) 275,— M., (Bogenf.) 270,— M. Regelbrückeranlegerinnen erhalten pro Woche 9.— M. fähige Einschießerinnen und Arbeiterinnen, die an Offsetmaschinen Papier aufsetzen, 5.— M. mehr auf den jeweiligen Arbeiterinnenlohn. Für Bronzierer, Abkürzer, Rubern, Goldausleger und Abreißer an der Maschine werden 85 Pfg. mit der Hand 40 Pfg. pro Stunde extra entschädigt.

Dresden.

Stein- und Lichtdruckhilfspersonal. Ab 1. Februar beträgt der Minimallohn pro Woche für: Hilfsarbeiter: Bis 16 Jahre 244,— M., bis 17 Jahre 255,— M., bis 18 Jahre 296,— M., bis 20 Jahre 338,— M., bis 22 Jahre, ledig, 387,50 M., verheiratet 397,50 M., bis 24 Jahre, ledig, 412,— M., verheiratet 422,— M., über 24 Jahre, ledig, 485,— M., verheiratet 500,— M. Hilfsarbeiterinnen: Bis 16 Jahre 180,— M., bis 17 Jahre 189,— M., bis 18 Jahre 201,— M., bis 20 Jahre 240,— M., bis 22 Jahre 285,— M., bis 24 Jahre 275,— M. Stein- und Zinkstichter, Steintransporteure nach einjähriger Berufstätigkeit 10.— M. mehr. Anlegerinnen: Stein- und Lichtdruck: An Notations- und Offsetmaschinen 317,— M., Maschinenformat über 95 zu 125 310,— M., über 70 zu 100 306,— M., bis 70 zu 100 300,— M.; Lichtdruck: Punkt 295,— M., Schwarz 290,— M. Bogenfängerinnen: An allen Maschinenformaten 10.— M. weniger wie Anlegerinnen. Bronziererentschädigung 50 Pfg. pro Stunde.

Chemnitz.

Am 13. Februar wurde hier für das Stein- und Lichtdruck-Hilfspersonal eine neue Lohnvereinbarung getroffen. Mit Wirkung ab 1. Februar erhalten die Kollegen und Kolleginnen folgende Zulagen: Ledig und verheiratete Stein- und Lichtdruck-Hilfsarbeiter über 24 Jahre 95,— M. wöchentlich; verheiratete Hilfsarbeiter von 21—24 Jahren 85,— M., ledig 80,— M.; verheiratete und ledige Stein- und Lichtdruck-Hilfsarbeiter von 21—24 Jahren 70,— M.; Hilfsarbeiter von 17—19 Jahren 60,—

M., von 16—17 Jahren 45,— M., von 15—16 Jahren 30,— M. und von 14—15 Jahren 20,— M. wöchentlich. Anlegerinnen und Auslegerinnen über 20 Jahre 55,— M.; Auslegerinnen von 18—20 Jahren und Hilfsarbeiterinnen über 20 Jahre 50,— M.; Auslegerinnen von 16—18 Jahren und Hilfsarbeiterinnen von 18—20 Jahren 45,— M.; Hilfsarbeiterinnen von 16—18 Jahren 40 M.; Auslegerinnen unter 16 Jahre 35,— M. und Hilfsarbeiterinnen von 1—16 Jahren 25,— M. Die Atfordzuschläge für Arbeiterinnen sind ebenfalls gestaffelt. Sie betragen für Arbeiterinnen von 14—16 Jahren 25,— M., bis 18 Jahre 40,— M., bis 20 Jahre 45,— M. und für Arbeiterinnen über 20 Jahre 50,— M. Für Bronziererarbeiten wird eine Stundenentschädigung von 60 Pfg. gezahlt. Die Entschädigung für die Nachtarbeit ist für männliche Arbeiter auf 18,— M. und für weibliche auf 15,— M. festgesetzt worden.

Niedersachsen.

Verhandlungen am 18. und 19. Februar haben zu nachstehendem Lohnabkommen geführt. Die Löhne sind zahlbar ab 1. Februar und haben Geltung bis 31. März 1922.

Gültig für die Orte Rhehdt, Kempen, Loberich, M.-Glabach, Sülsteln und Biersen.

1. Hilfsarbeiter:

im Alter über	Klasse A	Klasse B	Klasse C	
			in den ersten 2 Mon.	in den zweiten 2 Mon.
15—17 Jahre	246,00	212,40	173,70	173,70
17—18 "	277,90	246,20	215,40	225,40
18—20 "	369,90	338,50	307,80	317,80
20—22 "	401,—	369,30	338,50	348,50
22—24 "	461,60	431,—	400,—	410,—
24 "	533,20	497,40	467,—	477,—

2. Hilfsarbeiterinnen:

15—17 Jahre	215,40	184,70	160,—	170,—
17—18 "	246,20	215,40	185,—	200,—
18—20 "	277,—	246,20	215,40	230,40
20—22 "	307,80	277,—	246,20	261,20
22 "	369,30	338,50	307,80	323,80

Hilfsarbeiterinnen von 14—15 Jahren 154,— M.
3. Verheiratete oder einen eigenen Haushalt führende Hilfsarbeiter sowie verwitwete Frauen mit Kind erhalten eine Wochenzulage von 15,— M.
Gültig für Krefeld.

1. Hilfsarbeiter:

15—17 Jahre	255,30	223,40	191,50	201,50
17—18 "	287,20	255,30	223,40	233,40
18—20 "	382,90	351,—	319,10	329,10
20—22 "	414,80	382,90	351,—	361,—
22—24 "	478,70	446,70	414,80	424,80
24 "	550,—	513,—	480,—	490,—

2. Hilfsarbeiterinnen:

15—17 Jahre	223,40	191,50	165,—	175,—
17—18 "	255,30	223,40	191,50	206,50
18—20 "	287,20	255,30	223,40	238,40
20—22 "	319,10	287,20	255,30	270,30
22 "	383,—	351,—	319,—	334,—

Hilfsarbeiterinnen 14—15 Jahren 160,— M.
3. Verheiratete oder einen eigenen Haushalt führende Hilfsarbeiter sowie verwitwete Frauen mit Kind erhalten eine Wochenzulage von 15,— M.

Sittau.

Für das in den drei Sittauer Steindruckereien beschäftigte Hilfspersonal war es bis dato nicht gelungen, der Zeit entsprechende Löhne zu vereinbaren, obwohl sich die örtliche und auch die Gausleitung bemüht hatte, hierin Wandel zu schaffen. Immer scherterte dieses Vorhaben an dem Widerstand der dortigen Arbeitgeber, der auch nicht gebrochen werden konnte, da ungünstiger Geschäftslage dies verhinderte. Nachdem aber eine günstigerer Konjunktur dadurch eingetreten war, daß das in gleichen Betrieben beschäftigte Buchdruckereihilfspersonal tariflich entlohnt und somit die Sparne der beiderseitigen Löhne immer größer wurde, raffte sich auch die Stein- und Lichtdruckerei zu einem energischen Vorgehen auf. Die Gausleitung wurde beauftragt, den drei Arbeitgebern ein schriftliches Ultimatum zu stellen, was zur Folge hatte, daß zwei der Arbeitgeber sich bereit fanden, die Dresdner Löhne zu zahlen. Nur der Inhaber der Firma Voos Nachf., Herr Richter, glaubte billiger weglassen zu können. Er wollte den beiden Anlegerinnen, die als Kommissionen fungierten, eine Zulage ge-

wären, die aber nicht im entferntesten an die in den beiden anderen Firmen gezahlte heranreichte. Diese lehnten die Anerbieten ab, und da eine weitere Verhandlung ausgedehnt war, wurde am anderen Morgen der Betrieb nach 1½ tägigem Zustand wurde die Verbandsleitung zu Verhandlungen geladen. Bei dieser wurden dieselben Forderungen vereinbart, wie sie in den anderen drei Firmen Steindruckereien gegolten werden. Die Löhne betragen nunmehr für Anlegerinnen 250 M., für Bogensängerinnen 240 M. und ältere Arbeiterinnen 215 M. Zulagen von 15 bis 100 M. sind erreicht worden. Durch dieses Vorgehen hat die Fittauer Kollegenchaft gezeigt, daß selbst den Geduldestigen die Geduld ausgehen kann. Möge hieraus die Lehre gezogen werden, daß Mut und Entschlossenheit zum Ziele führt. Mögen aber auch die Fittauer Steindruckereibesitzer sich bewußt sein, was sie in Wiederholungsfällen zu gewärtigen haben.

Aus unseren Zahlstellen

Berlin. Die am 22. 2. 22 stattgefundene Mitglieder-Verammlung beschäftigte sich mit der Aufstellung der Kandidaten zur Wahl für den Ortsvorstand und die Angestellten. Hierzu lag folgender von Moritz gestellter Antrag vor: „Die am 22. Februar tagende Mitglieder-Verammlung beschließt folgendes: Alle vorgeschlagenen Kandidaten werden auf eine Liste, nach dem Alphabet geordnet, aufgeführt. Dem Vor- und Zunamen jedes Kandidaten wird nur der Betrieb, in dem derselbe beschäftigt ist, hinzugefügt. Den im Amt befindlichen Angestellten und Ortsvorstandsmitgliedern, soweit sie als Kandidaten vorgeschlagen sind, wird nur beigefügt: „Im Büro.“ Die Kandidaten für die anzustellenden Personen werden getrennt geführt. Jede Agitation durch Flugblatt, Mittelungsblatt, „Soll“ oder Parteipresse hat zu unterbleiben. Als Wahlkommission werden von jeder Seite sieben Personen vorgeschlagen, die nicht im Vorstand sitzen, auch nicht als Kandidaten vermerkt sind. Die Wahlkommission hat auch an der Festsetzung des Wahlreglements mit zu wirken.“ Ueber diesen Antrag entspann sich eine längere Diskussion, an der sich die Kollegen Gloth, Reich, Moritz, Marx, Bräse, G. Grohmann, Wolter, Reichert, Wankenburg, Wendt, Freising und Selle beteiligten. Im Auftrage der Angestellten und des Ortsvorstandes erklärte Kollege Gloth, daß, wenn der Antrag angenommen wird, die Kollegen (Angestellte, die Vorstandsmitglieder) der Amsterdamer Richtung nicht kandidieren können, da sie es ablehnen müssen, mit der Richtung Mostau auf einer Liste zu stehen. Der Antrag Moritz wurde nach Erledigung einiger persönlicher Bemerkungen angenommen; danach wurden folgende Kandidaten aufgestellt: Moritz, Barthold, Glummet, Wendt, Hornfeist, Nih, Hoer, Nadtke, Reineke, Pöschmann, Bach, Wolter, Bräse, Gweleit, Klingebiel, Kühnel, Reih, Schulz, Oesterreich, Böhl und Baum. Als Beiratsmitglied wurde Wolter aufgestellt. Alle von der Gegenseite vorgeschlagenen, sowie die bisherigen Angestellten und Vorstandsmitglieder, ebenso der bisherige Beiratsdelegierte Schäfer lehnten daraufhin eine Kandidatur ab. Als Wahlkommission wurden gewählt: Varduhn, Gabriel, Knöpe, Rosenplenter, Schwebel, Sepach und Willi Müller. Unter „Beschriebenes“ teilte Kollege Grohmann mit, daß es durch Verhandlungen gelungen ist, für die Anlegerinnen fast 33 M. 50 M. zu erreichen. Auch für die Steindruckbranche wurde ein neues Abkommen getätigt. Als Unterlage für künftigen Verhandlungen muß eine neue Statistik aufgestellt werden. Zu diesem Zwecke werden in nächster Zeit Fragebogen verandt. Die Vertrauensleute werden erlucht, diese recht gewissenhaft auszufüllen. Sie- mit erfolgte der Verammlungsschluß.

Dresden. Am 1. Februar tagte im Volkshaus eine gutbesuchte Jahreshauptversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Kollege Herrmann, der im Laufe des Jahres verstorbenen Mitglieder; diese wurden in üblicher Weise geehrt. Weiter wurde der anwesende Mitbegründer der Zahlstelle, Kollege Friedrich, begrüßt, den trotz seines gelähmten Körpers das Interesse an der von ihm mitbegründeten Organisation und seiner Entwicklung nicht zu Hause duldet. Zum Bericht übergehend, brachte der Redner zum Ausdruck, daß es nicht möglich sei, über alle einzelne Vorkommnisse zu berichten. Das Berichtsjahr war für die Zahlstelle eines der arbeitsreichsten aber auch erfolgreichsten. Die Hoffnungen, denen bei der vorjährigen Generalversammlung Ausdruck gegeben worden sei, die wirtschaftlichen Verhältnisse würden der Arbeiterschaft Erleichterungen bringen, haben sich leider nicht erfüllt. Die inneren und äußeren politischen und wirtschaftlichen Wirren haben mit ihren Begleiterscheinungen das deutsche Wirtschaftsleben ungeheuer beeinflusst. Um die Mitte des Jahres habe es den Anschein erweckt, eine Festigung des Wirtschaftslebens werde eintreten. Dieses war nur scheinbar; denn nach kurzer Pause sank der Wert des deutschen Geldes immer tiefer. Die natürliche Folge davon waren neue Lohnforderungen. Es sei leider nicht immer gelungen, die Lohnherabsetzungen so zu gestalten, daß sie mit der Teuerung in Einklang zu bringen gewesen seien. Trotzdem habe die Organisation ihre Pflicht getan. Die Lohnherabsetzungen betragen, in Prozenten ausgedrückt, für das Buchdruckerhilfspersonal durchschnittlich 100 Prozent. Im Stein- und Lithodruck lag am Anfang des Jahres die Entlohnung des Hilfspersonals noch recht im Argen. Durch sechsmonatige Lohnverhandlungen gelang es der Lohnkommission, die Löhne um 80—90 Proz. zu erhöhen. Die Schriftgießereihilfsarbeiter sind restlos unserer Organisation angeschlossen. Auch in den Buchdruckereien wird versucht werden, das Hilfspersonal zu gewinnen, da es noch anderen nicht zufriedenbringenden Organisationen angehört. Der Arbeitsnachweis wurde im Laufe des Jahres als Facharbeiternachweis der graphischen Bezugs des sächsischen Zentralarbeitsnachweises angegliedert. Anfolge der wirtschaftlichen Not und daraus entstehenden Nahrungssorgen brachte die Mitgliederchaft den Veranlassungen bildender Art weniger Interesse entgegen. Zur Ein- und Durchführung des Reichstaxis für Buch-

druckerhilfspersonal machten sich eine große Zahl von Betriebsversammlungen, Vorträgen und Klagen bei den verschiedensten Instanzen nötig. Noch eine Reihe von Veranlassungen wäre anzuführen, die aber nur örtliches Interesse haben. Im Anfang des Jahres waren 438 männliche und 1171 weibliche, insgesamt 1609 Mitglieder zu verzeichnen. Im Jahresende dahingegen 500 männliche und 1498 weibliche, zusammen 1998 Mitglieder. 913 Zugängen standen 524 Abgänge gegenüber. Die große Fluktuation ist in erster Linie auf die noch wenig gewerkschaftlich durchgebildete jugendliche Arbeiterschaft zurückzuführen, die meistens die Tätigkeit im Druckereigewerbe als Durchgangsstation benutzte. Aber auch auf den natürlichen Abgang, hervorgerufen durch Beschäftigungen und Familienzuwachs, wobei die seinerzeitige Demobilisierungsverordnung, Entlassung verheirateter Frauen und nicht Ortsanwiesiger betreffend, besonders traurig einwirkte. Ueber den Gau wurde berichtet, daß dieser aus 29 Zahlstellen mit über 4100 Mitgliedern besteht. Den größten Vorteil von der Einführung des Reichstaxis für Buchdruckerhilfspersonal habe natürlich die Provinzialkollegenchaft gehabt. Hierin ist auch die erfreuliche Entwicklung des Gaus zu erblicken. Am Schlusse seiner Ausführungen ermahnte Kollege Herrmann die Anwesenden, das Gehörte zu beherzigen und sich bewußt sein zu wollen, daß nur durch geeinte Kraft die Erzeugnisse möglich waren. Kollege Säubrich gab den Kassenbericht. Ihm ist zu entnehmen, daß auch hierin ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen ist. Die Gesamteinnahmen betragen 309 743,70 Mkt. Hieron wurden als Ueberschuß der Hauptkasse 161 192,47 M. überwiegen. Die Gesamtausgaben betragen 288 776,54 M. Der Kassenbestand am Orte erhöhte sich im Laufe des Jahres um 28 140,24 M. und betrug am Jahreschlusse 42 957,16 M. Pro Mitglied wurden 47,6 Mkt. entnommen. Die Arbeitslosigkeit war im Verhältnis ganz gering. Das Gewerbe war dauernd gut beschäftigt und dadurch oft ein Mangel an Anlegerinnen zu verzeichnen. Dahingegen entrollte der Gesundheitszustand unserer Mitglieder, besonders der weiblichen, ein sehr trübes Bild. 835 weibliche Mitglieder waren insgesamt 5093 Wochen erwerbsunfähig krank. Sauspächlich waren es Erkrankungen der Atmungsorgane, des Unterleibes und Magens. Die Ursachen waren in den meisten Fällen oft jahrzehntelange Tätigkeit in den Bronzearäumen. Ferner die zugewandten schweren Arbeiten wie Papiertragen, Steintransportieren, Heben von schweren Lasten, die die körperlichen Kräfte unserer Kolleginnen überfordern. Wegen Nichtanerkennung eines Faktors wurden 14 Mitglieder drei Wochen lang ausgesperrt. 16 Mitglieder waren an der Aufsperrung resp. dem Streik der Metallarbeiter beteiligt. Auf Antrag des Revisorobmanns, Koll. Ehrlich, wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. In der Debatte kamen gegenwärtige Meinungen nicht zum Ausdruck. Kollege Säubrich sprach im Sinne des Geschäftsberichts und äußerte den Wunsch, die Ortsverwaltung möchte sich die Aufklärung der Mitglieder besonders angelegen sein lassen. Zum Punkt „Neuwahlen“ bemerkte Kollege Herrmann, daß die arbeits- und erfolgreiche Tätigkeit der Ortsverwaltung und Funktionäre, die im Geschäftsbericht Ausdruck gefunden habe, auf ein kollegiales und sich gegenseitig ergänzendes Zusammenarbeiten zurückzuführen sei. Deshalb danke er allen für ihre unermüdete Mithilfe und Unterstützung. Weiter bemerkte er, daß die Ortsverwaltungsmitglieder, bis auf zwei Ausnahmen, sich wiederum bereit erklärt hätten, auch im neuen Jahre zu kandidieren. Die Vertrauenspersonen schlagen dieselben auch wieder vor. Er hat darum die Generalversammlung, ihre Stimmen wieder auf sie zu vereinigen. Nach Erläuterung der gedruckt vorliegenden Wahlvorschlüge und Wahl einer siebenköpfigen Wahlkommission stellte Kollege Baumgarten den Antrag, die Kandidaten zur Ortsverwaltung möchten sich der Verammlung vorstellen, was geschah. Da die Verammlung schon zwei Stunden in Anspruch genommen hatte, küßten sich beiderseitig die Reihen der Anwesenden. Das Wahlergebnis war folgendes: Kollege Herrmann wurde als 1. Vorsitzender einstimmig wiedergewählt. Als Verwaltungsmitglieder die Kollegen Franz, Dehne, Kubisch, Schmidt, Seifert, Mierisch, Bormann und die Kolleginnen Wolf, Becker und Süßenbach. Fernerhin wurde eine dreigliedrige Revisionskommission, je drei Delegierte zum Gewerkschafts- und Graphischen Kartell, als Vorsitzender zum Tarifschiedsgericht für Buchdruck Kollege Herrmann und eine Ersatzperson zum Tarifschiedsgericht und eine zehngliedrige Vergütungs- und Bildungscommission gewählt. Hierauf gab Kollege Herrmann die neuen Lohnzulagen für Buch- und Steindruck bekannt. Kollege Säubrich gab noch Aufschluß über die vorgenommene Beiratsstiftungsversammlung, deren Ergebnis 3963 M. betrug, und deren Verteilung. Kollege Herrmann appellierte zum Schlusse an die Anwesenden, sich der kommenden schweren Zeiten bewußt zu sein, der Organisation unverbrüchliche Treue zu bewahren und der neugewählten Verwaltung Vertrauen und Unterstützung zu teile werden zu lassen.

Duderstadt. Am 27. Januar 1922 fand hier die erste Verammlung der Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt, nachdem von dem Gauleiter, Kollegen Spatzul-Hannover, und dem Vertrauensmann der Buchdrucker die Vorbereitungen zur Gründung der Zahlstelle schon einige Zeit vorher getroffen worden waren. Nach den einleitenden Worten des Kollegen Puch (Buchdrucker) referierte Kollege Spatzul. Unter spannender Aufmerksamkeit verfolgten die erschienenen Kollegen und Kolleginnen die Ausführungen, die ihnen klar machten, welche Kämpfe zur Überwindung des Widerstandes der Unternehmender der Verband bisher zu führen gezwungen war, um die jetzt bestehenden tariflich festgelegten Lohnsätze zu erreichen. Als der Redner die für Duderstadt in Betracht kommenden Mindestlöhne bekannt gab, ging ein allgemeines Staunen durch die Reihen. Obwohl ein Teil der Anwesenden schon längere Zeit der christlichen Organisation angehört, setzte ihnen an Tariflohn noch die runde Summe von 100 M. In der Aussprache erklärten die Anwesenden, daß sie sich freiwillig zum Uebertritt

gemeldet hätten, da sie von Seiten der christlichen Organisation doch nichts erwarten könnten. Mit ihren Beschwerden über den ungenügenden Lohn seien sie stets von der Ortsleitung mit dem Bemeren abgewiesen worden, ob sie denn den Hals nicht voll bekommen könnten. Am Ort sei durch die christliche Organisation ein Lohn-tarif mit einer jährlichen Gültigkeitsdauer und Öknen, die um 50 Prozent niedriger sind als die im Reichstaxi vorgesehene, abgeschlossen worden. Dieses Abkommen wurde getroffen, obwohl der Reichstaxi für das Buch- und Zeitungsdruckereihilfspersonal schon bestand. Der anwesende Vorsitzende der Christlichen entsandigte sich auf Anfrage unseres Gauleiters mit der Antwort, das hätte sein Vorgänger gemacht, und wie die Verhältnisse jetzt lägen, wolle er sich nicht mehr in unsere Sachen einmischen. Der Erfolg der Verammlung war ein Uebertritt von zehn Mitgliedern, außerdem wurden noch einige Neuaufnahmen gemacht. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Sommerfeld, zum Kassierer Kollegen Fahlsch und als Schriftführer Kollege Wendt gewählt.

Leipzig. Duertüre zur Generalversammlung. Am Montag, den 6. März, findet bekanntlich die Leipziger Generalversammlung statt und nach dem bisherigen Vorpiel steht die Leipziger Kollegenchaft wieder vor einem großen Tag, ähnlich wie zu Behrends Zeiten.

Einen ersten Anstalt als Vorbereitung leistete sich die am 26. Januar abgehaltene Funktionär-Sitzung. Obwohl es nach lang eingetragener örtlicher Einteilung ist, der jährlichen Generalversammlung eine besondere Funktionär-Sitzung vorausgehen zu lassen, hielten es doch vier der unentwegten Vorstandsmitglieder von einer zwölfmütigen Ortsverwaltung für angebracht und zeitgemäß, in einem „besonderen Stellbüchlein“ unter sich das Wohl und Wehe der Gesamterwaltung einem hohen und weisen Rat zu unterziehen.

In der betreffenden Funktionär-Sitzung erklärten die Unentwegten durch ihren Sprecher, daß es ihnen infolge der diktatorischen Maßnahmen des Gauleiters Begehr unmöglich ist, das Vorstandsmandat noch länger auszuüben; sie legen ihre Ämter in die Hände der Funktionär-Sitzung. (Gewählt sind Betr. von der vorjährigen Jahresversammlung.) Zunächst allgemeine Verbilligung über die letzten gelungenen Ueberfall; mit Spannung wurde die Begründung erwartet, was denn da für Ungeheuerlichkeiten vorgekommen sein müssen!

Der Sprecher zählte in erregten Tönen die zahlreichen Eigenmächtigkeiten des Gauleiters auf:

1. Die von der Ortsverwaltung beantragte weibliche Hilfskraft für Inertierung einer neuen Karothel auf die Dauer von vier bis fünf Wochen ist laut Hauptvorstands-Sitzung vom 15. Januar auf drei Monate eingestell. (Siehe „Solidarität“, Nr. 3.) Resultat: Das ist das diktatorische Vorgehen des Gauleiters.

2. Der Bericht der Buchdruck-Branchenversammlung Anfang Dezember ist in der Verbandszeitung nicht zum Ausdruck gelangt und dadurch der Gesamtmittelchaft die gestrichelte Protestresolution des Kollegen Engelmann vorenthalten worden.

3. Zwei von den oppositionellen Vorstandsmitgliedern vorgeschlagene Referenten sind nicht, dagegen U. S. P. Referenten bestellt. Das letzte Referat ist am 16. Januar, das vorstehe etwa im Juli 1921 gehalten worden.

4. Ein Geschäftsordnungsantrag wegen Umstellung der Tagesordnung einer September-Branchenversammlung ist vom Vorstehenden nicht befolgt worden! (Hieron hat die Verammlung selbst kaum etwas bemerkt, sonst wäre die Handlung bemängelt worden.)

Wider Erwarten ist der Gauleiter auf die vorgebrachten Gründe eingegangen, die sich in ihrer Mehrheit selbst widerlegen; denn wie können Vorstandsmitglieder ernstlich im Januar ihre Ämter niederlegen um Handlungen halber, die sich im August und September des Vorjahres abgewickelt haben?

Beziehentlich der Hilfskraft soll es sein Bewenden damit haben, daß der Antrag wörtlich so gegeben ist, als eingangs erwähnt; lediglich für der Hauptvorstand etwas weitherzig der Leipziger Ortsverwaltung gegenüber, da es sich auf Woche und Tag nicht immer abzeichnen läßt, in welcher Zeit 11 000 Karothel-Karten ausgefüllt werden können, und beim bevorstehenden Umzug auf manch unvorhergesehenen Umstand Rücksicht genommen wurde.

Mit sechs Wochen soll wohl die Ausfülle beendet gewesen sein. Den Inhalt des betr. Antrages an den Hauptvorstand kennen zu lernen, hat den vier Kollegen ferngeliegen, obwohl die meisten davon als Betriebsfunktionäre allwöchentlich mehrere Mal im Büro sind. Es blieb nun noch übrig, den nichtabgedruckten Verammlungsbericht zu erwähnen, vielmehr der sehr geistreichen Resolution, die sich gegen die Taktik des Gewerkschaftsbundes richtete, schließlich noch an den „Völkerverbund“ gesandt werden muß, aber keinesfalls einen Tadel an die Arbeitgeber im Buchdruckgewerbe enthielt. Einem Teil unserer Verammlungsbesucher befriedigt es vollst, wenn die von ihnen vor Jahresfrist gewährten Bonzen nach allen Regeln der Kunst vermehrt werden, der Verbandsvorstand die ganze Schuld an der Zwangsange (Tarifgemeinschaft genannt) trägt, und das allein Seeligemadene nur in dem An-schluß an die Moskauer Zehen unserer Kollegenchaft Heil und Segen bringt. Bieleicht glauben welche ehrlich daran, nach den Ziffern kommunistischer Partei-zugehörigkeit dürfte jedoch die Zahl bewusster Anhänger dieser Idee die Zahl Hundert unserer Mitglieder kaum erreichen. Aber an den Tönen solcher Redner beruht man sich und hat seine helle Freude daran, daß es den Bonzen von diesem oder jenem aber kräftig heimgeacht worden ist. Ganz selbstverständlich ist es nach solch einem Labal, daß man nach einer rednerischen Glanzleistung die Resolution des Vorstehenden ablehnt und diejenige annimmt, deren Sprache kräftiger ist. Nicht des Inhalts, sondern mehr des weiteren Genusses einer gehörigen Abblirung der dickhäutigen Bonzen wegen. Zur Kenntnis diene aber ferner, daß an der Abstimmung beider Resolutionen der Dezemberversammlung keine 100 Mitglieder teilgenommen haben, die Mehrheit

Der Versammlung hat für keine der beiden Entschlüssen zugestimmt, jedenfalls von der Absicht aus, daß man sich auch sehr unbedingten Wortschwall in ihrem Inhalt bewußt war!

Nb nun solch ein Bericht Schaden anrichten kann, wenn er der Nachwelt nicht überliefert wird; man kann sehr wohl auch das Gegenteil behaupten, wenn man hört und sieht, wie Resolutionsurteil zur Annahme gebracht werden!

Nachdem nun jeder leidenschaftslose Leser hiervon Kenntnis nimmt, und es dürfte schwer werden, etwas davon zu widerlegen, muß man sich doch die Frage vorlegen: War das Grund genug zu einer solchen Staatsaktion? Nein, das war ein Vorspiel für die Jahresversammlung, nur fragt es sich, wie lange die Leipziger Kollegenschaft dieses Theater noch mitmacht?

Am 20. Januar hat die Funktionärerversammlung beschlossen, die vier Vorstandsmittglieder bleiben bis zur Generalversammlung in ihren Ämtern, dem Gauleiter Beyer aber ist ein Mißtrauensvotum ausgestellt worden. Inwiefern die einzelnen Mitglieder mit dem Beschluß des Votums einverstanden sind, wird ja die Generalversammlung erst endgültig entscheiden, vermutlich geht eine Anzahl Mitglieder in der Frage nicht Hand in Hand mit dieser Abstimmung.

Im Gegensatz zu dieser recht unruhlichen Funktionärerschaft am 20. Januar hat eine weitere Sitzung am 19. Februar der Opposition gegenüber eine ganz andere Haltung eingenommen, und nicht nur nach Worten, sondern nach Taten geteilt, und die Opposition soll wohl Konzeptionen gemacht haben. Trotz der vorhergegangenen Demission, die gefinde gesagt an den Haaren herbeigezerrt war, stellen sich familiäre Proteste mit einer Ausnahme zur Wiederwahl. So hat das angenehme Mißtrauensvotum gegen den Gauleiter gewirkt. Man erweiterte seine Vorschläge noch bei den Kartellbelegierten.

Wenn ich vorhin das Wort „Theater“ wider meinen Geschmack anwandte, dann näherten sich in der letzten ordentlichen Funktionärersitzung nach Kenntnisnahme der kommunikativen Vorstandsliste mehrere Funktionäre der Ansicht, daß hier Theater gespielt wird, wenn auch etwas sehr spät, und die Herren Kollegen haben hier einmal die Geduld eines gewissen Tieres auf eine harte Probe, und zwar zu frühzeitig gestellt. Bis dahin klappte die Regie, die Rollenverteilung ganz gut, und wie aus dem Traume gewekt, traten mit einem Male mehrere Funktionäre fast gleichmäßig gegen eine zu reichliche Annäherung der kommunikativen Wortführer auf und gaben die einmütige Erklärung ab, die jedem Mann für richtig halten wird, wenn danach gehandelt wird.

Wir fragen bei der Wahl unserer Verwaltung nicht nach der Parteizugehörigkeit, sondern beurteilen die zur Wahl stehenden Kandidaten nach ihren gewerkschaftlichen Kenntnissen und Fähigkeiten.

Um unliebsamen Zusammenstößen innerhalb der Verwaltung künftig zu vermeiden, verlangen wir, daß die zu Wählenden sich auf den Boden des Gewerkschaftsbundes auf den Boden der Anstatter Internationale stellen. Hiergegen ist kein Widerspruch erfolgt. Die erforderlichen Erklärungen werden in der Wahlversammlung am 6. März eingeholt.

So steht denn zu erwarten, daß die kommende Generalversammlung für die Kollegenschaft wieder zu einem großen Tag wird, wofür wir der Opposition dankbar sein müßten, wenn ja wenn sie uns nicht vorher die meisten Versammlungen leer geredet hätten, was am 23. Februar ebenfalls unzuweilend ausgesprochen worden ist.

Unser Gauleiter wird auch noch zulernen, und wenn die Oppositionskollegen dort mit der Kritik ansetzen, wo es angebracht ist und der Kollegenschaft sichtbaren Nutzen bringt, wird es niemanden gelingen, eine berechtigte Kritik zu unterbinden. So ist denn anzunehmen, daß die Leiden-schaften bereits abgeklafft sind und der Weiteraufbau unserer Zastelle ungebänderte Fortschritte macht. Es muß jedermanns Bestreben sein, kollegiale Zusammenkünfte so zu gestalten, daß jeder Besucher davon Nutzen erntet; so war es aber oftmals nicht.

München. Generalversammlung am 22. Februar. Der Vorsitzende gedachte zunächst der im verflochtenen Jahre gestorbenen Kolleginnen und Kollegen, deren Andenken von der Versammlung in der üblichen Weise geehrt wurde. Den Kassenbericht erstattete Kollegin Burkert, er bilanziert mit 229 244,20 M. in Einnahmen und Ausgaben. An die Hauptkasse wurden 143 811,20 M. abgeliefert. Die freiwillige Sterbekasse hatte eine Einnahme von 1 421,65 M. und eine Ausgabe von 760 M., so daß ein Bestand von 671 M. verbleibt. Der Bestand der Ortskasse erhöhte sich auf das Doppelte gegen das Vorjahr. Die Mitgliedszahl betrug am 31. Dezember 1921 1882, davon 1442 weibliche und 440 männliche, somit ein Mehr gegenüber dem Vorjahre um 154. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Buchdruck sowie im Steindruckgewerbe tariflich festgelegt sind. Im Buchdruckgewerbe durch Reichs- und im Steindruckgewerbe durch Ortsarbeit. Im Steindruckgewerbe wurde im Dezember ein 2 1/2-jähriger Streik geführt, der zwar unsere Wünsche nicht erfüllte, immerhin aber nennenswerte Verbesserungen brachte. Die Packer und Ausgeber im Münchener Buchdruckgewerbe sind geschlossen zu unserem Verbande übergetreten, und es gelang auch, einem großen Teil der Reichs-tarifhöhe zu verschaffen. Ein Tarifvertrag, der mit dem hiesigen graphischen Arbeitgeberkartell und dem Deutschen und Christlichen Transportarbeiterverband für die Packer und Ausgeber abgeschlossen wurde, wurde unsererseits nicht unterzeichnet, weil wir uns vorbehalten mußten, bei geeigneter Gelegenheit besonders vorzugehen. Die Neuwahlen brachten eine Aenderung dahingehend, daß an Stelle des Kollegen Hörmann der Kollege Wagner als Schriftführer gewählt wurde. Unter Punkt 4. Bericht über den Abschluß der letzten Teuerungszulagen im Buch- und Steindruckgewerbe“ berichtete Kollege Rohmeter. Der Berichterstatter gab der Versammlung einige Stellen aus dem Prinzipalsorgan, der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ bekannt, in denen der Versuch unternommen wurde, nachzuweisen, daß eine weitere Teuerung nicht zu verzeichnen sei, und daß die Löhne der Hilfsarbeiter viel zu hoch seien.

Der Redner verwies auf das Beschlußprotokoll, aus dem jede Kollegin und jeder Kollege erkennen kann, daß die letzten Verhandlungen unter äußerst schwierigen Umständen geführt werden mußten, und der Antrag der Hilfsarbeiter, daß die diesmaligen Zulagen der Gehilfen auch in voller Höhe für das Hilfspersonal gelten sollen, trotz äußerster Gegenwehr unserer Verhandler abgelehnt wurde. Bei den neuen Zulagen im Steindruckgewerbe betonte Kollege Behmeier, daß man diesmal wohl an die Löhne im Buchdruck näher heran-gelommen, ein Ausgleich aber gegenüber der horrenden Teuerung keineswegs gegeben ist. Die Distinktion gestattete sich äußerst scharf, und von den verschiedenen Rednern wurde betont, daß mit dieser Prozentwirtschaft endlich einmal aufgehört werden muß. Sollten die Herren Prinzipale die große Not, unter der die Hilfsarbeiter zu leiden haben, ver-kennen, dann wird bald der Tag kommen, wo die Verzweiflung zu Schritten greift, die die Unternehmer im Buchdruck-gewerbe recht unangenehm berühren dürften. Die Gehilfen im Münchener Steindruckgewerbe haben eine Ausgleichs-forderung von 100 M. pro Woche gestellt, und wir wurden ersucht, in dieser Bewegung anzuschließen. Es wurde des-halb unsererseits beschlossen, den zurzeit bestehenden Tarif-vertrag zu kündigen und ebenfalls eine dementsprechende Ausgleichszulage zu fordern. Inzwischen haben die Gehilfen die Kündigung eingereicht, was die Unternehmer veranlaßte, auch dem Hilfspersonal zu kündigen. Der Stein ist also im Rollen! Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen kräftigen Hoch auf den Verband die gut besuchte Versammlung.

Rundschau

Die Teuerung hat im Januar weitere Fortschritte gemacht. Nach den statistischen Feststellungen von C. A. W. sind namentlich die Preise für Rindfleisch, Brot, Kartoffeln und Zucker gestiegen. Der Nahrungsmittelaufwand für eine viertöpfige Familie stellte sich im Durchschnitt auf 548,85 M. wöchentlich gegen 514,63 M. im Dezember, er ist also um 34,22 M. wöchentlich ge-stiegen.

Kuczynski berechnet für Groß-Berlin das wöchent-liche Existenzminimum auf 548,— M. für ein Ehepaar mit zwei Kindern. Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum Januar 1922 sind die Kosten des wöchentlichen Existenz-minimums um das 19fache gestiegen. Nach seiner Be-rechnung ist die Mark in Groß-Berlin jetzt annähernd 6 Pfg. wert.

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichs-amts ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten vom Dezember 1921 zum Januar 1922 von 1550 auf 1640 gestiegen. (Für den Monat Februar wird aller Voraussicht nach eine abermalige Erhöhung eintreten, denn es kommen die höheren Kohlenpreise und die sehr erheb-liche Preissteigerung für Brot in Anschlag. Besonders auf-fallend ist die Steigerung der Getreidepreise. Der gegen-wärtige Preis von Weizen steigt um das 53fache höher als vor dem Kriege. Beim Roggen ergibt sich eine Steige-rung um das 51fache, wenn man den Preis vom Fe-bruar 1918 der Berechnung zu Grunde legt.) Bei der Feststellung des Statistischen Reichsamts sind die Aus-gaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und die Wohnungsmiete berücksichtigt. Nimmt man nur die Index-ziffer für die Ernährungsausgaben, so zeigt sich eine höhere Steigerung der Kosten für den Lebensmittelbedarf. Diese Indexziffer stieg von 2088 auf 2219, oder um 6,3 Proz. Wesentlich teurer wurden auch nach der Reichsstatistik Brot, Rindfleisch, Fisch, Zucker, Kartoffeln und Gemüse. Die Lebenshaltungskosten stiegen gegen Januar 1921 um fast 74 Proz. gegen Mai, den billigsten Monat des Vor-jahres, um etwas über 80 Proz.

Der Beschäftigungsgrad im Januar ist nach den Be-richten der Industrie für die Papierindustrie und das graphische Gewerbe nicht mehr so günstig wie im Vor-monat gewesen. Nur die papiererzeugende In-dustrie scheint davon eine Ausnahme gemacht zu haben. Die Zellstoffabriken berichten von einem lebhaften Geschäftsgang. Auslandsaufträge konnten nicht aus-gesührt werden, da die Ausfuhr vom Reichswirtschafts-ministerium gesperrt war. Die Lagerbestände sollen ge-räumt sein. Auch die Papierfabriken hatten gut zu tun. Sie konnten nicht liefern, was verlangt wurde. Sie klagen über ungenügende Versorgung mit Holzstoff und hatten ebenfalls wie die Zellstoffabriken mit Ver-kehrshemmnissen und Kohlenmangel zu rechnen. In Schen ist es sogar infolge ungenügender Kohlen-lieferungen zu Betriebsbeschränkungen gekommen.

Die papierverarbeitende Industrie hatte unter der Papierknappheit stark zu leiden. Es wird be-hauptet, daß durch den Verkauf von Holzstoff und Papier-erzeugnissen an das valutarstarke Ausland Betriebs-umstellungen und sogar Stilllegungen notwendig waren. Der Nachfrage nach Arbeitsträften in der Buchbindere-i konnte nicht immer entsprochen werden.

Die alte Konjunktur im graphischen Gewerbe soll nicht überall angehalten haben. Aus Hamburg, Sachsen und Bayern wurde ein Nachlassen des Geschäftsganges berichtet. Auch in den Druckereien machte sich die ungenügende Belieferung mit Papier unangenehm bemerkbar. Es wird sogar von Betriebsbeschränkungen berichtet. Die lithographischen Anstalten in München melden guten Geschäftsgang, der allerdings schon nachläßt, da italienische und französische Firmen die deutschen An-gebote im Ausland bereits vielfach unterboten haben sollen.

Tausend Mark Konventionalstrafe! Ein antiler Lehrvertrag. Daß es trotz Reichstaxi noch Prin-zipale in Großstädten gibt, die mit Arbeiterinnen den heutigen Verhältnissen direkt Lohn sprechende Lehrverträge abschließen oder abzuschließen versuchen, zeigt nachstehen-der Vertrag einer hannoverschen Firma. Er lautet in seiner ganzen Schönheit und wortgetreu:

Zwischen der Firma Hartmann u. Co., Buchdruckerei, Hannover, Rottnerstraße, und hier, Straße.

ist heute nachstehender Lehrvertrag abgeschlossen worden: Die Firma Hartmann u. Co. stellt als Lehr-mädchen zum Anlegen für Buchdruck ein. Die Lehrzeit dauert sechs Monate, beginnt am 27. Januar 1922 und endet am 26. Juli 1922. Die Firma Hartmann u. Co. verpflichtet sich, in allen Ar-beiten einer Anlegerin auszubilden. Als Lohn gilt im ersten sowie im zweiten Vierteljahr der lautende Tar if für Lehrlingmädchen als Anlegerin. verpflichtet sich, an allen Maschinerien (Schneidpresse und Tegel) anzulegen, und auch alle Nebenarbeiten wie Paden usw. zu übernehmen, außerdem die Rei-nigung des Treppenhanges, 1. Etage und parterre, im Geschäftshause zu übernehmen, außerdem die Reinigung des Betriebsraumes, sowie die darin befindlichen Fenster von innen und außen zu putzen. Sollte der Vertrag von nicht inne gehalten werden, so verpflichtet sich dieselbe zur Zahlung einer Konventio-nalstrafe von 1000 M. (Eintausend Mark) an die Firma Hartmann u. Co. zu zahlen. Im Unvermögensfalle verpflichten sich dann deren Eltern.

Beim Lesen dieses Vertrages drängen sich ohne weiteres verschiedene Fragen auf: Muß die glückliche Inhaberin dieser Lehrstelle bezahlen, wenn sie ihre Pflichten als Schueferfrau oder als Lehranlegerin verletzt? Dann: War es Absicht oder Gerfretheit, daß nur bei Verletzung des Vertrages durch die Arbeiterin eine so milde Strafe zu zahlen ist, während in dem Vertrage auch die leiseste Aenderung darüber steht, welchen Obolus die Firma zu entrichten hat, falls sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommt? Es erscheint uns ein wenig schwer, in sechs Monaten eine in allen Arbeiten firme Anlegerin und Packerin auszubilden, die obenberein einen jedenfalls nicht zu kleinen Teil des Tages als Schueferfrau fungiert! Wenn die Firma bezüglich der Zahlung des Tariflohnes sich geändert hätte, wäre auch hierbei ein guter Trost. Es darf aber in vorliegendem Falle nicht übersehen werden, daß die Arbeiterin in einer anderen Stadt bereits als Anlegerin und Buchbindereiarbeiterin über ein Jahr tätig war, als Anfängerin demnach nicht mehr in Frage kam. Die in Frage kommende Kollegin hat obigen Vertrag nicht unterschrieben, leider gibt es aber immer noch Dumme, die darauf hereinsinken, statt sich zunächst im Verbandsbüro Anstunft über die Lohnverhältnisse bei der Firma geben zu lassen.

Neue Teuerungszulagen in Deutsch-Oesterreich. Am 20. Februar ist es in Verhandlungen des Graphischen Kartells mit den Unternehmern zu neuen Lohnvereinbarungen gekommen. Die Zulagen wurden vom genannten Tage ab gezahlt und betragen 18 Proz. der vormals gezahlten Mindestlöhne. Der höchste Lohn eines verheirateten Hilfsarbeiters in Wien stellt sich im Minimum auf 17 053 Kr. wöchentlich. Anlegerinnen an Schnellpressen verdienen im dritten Jahre ihrer Tätigkeit 13 300 Kr. Das Lohn-abkommen hat bis 18. März Geltung.

Werkarbeit für die Volksfürsorge. Vom Vorstand der Volksfürsorge Versicherungsgesellschaft wird uns mit-geteilt, daß er sich durch Zirkular an die Ortsverwaltungen unserer Organisation gewandt und sie gebeten hat, die Rechnungstellen bei der Propaganda für das von der Ge-werkschaften und Genossenschaften gegründete Unternehmen zu unterstützen. Wir schließen uns dieser Bitte an und möchten auch wünschen, daß sich an allen Orten recht viele Kollegen als Mitarbeiter zur Verfügung stellen. — Weitere Anstunft erteilt gern der Vorstand der Volksfürsorge, Ham-burg 5, Capellenstr. 5.

Gewerkschaftliche Warenverforgung. Die Warenver-forgungstelle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-bundes hat neuerdings einen großen Posten billiger Bekleidungsgegenstände beschafft, welche in den Verkaufsstellen, wo solche eingerichtet sind, an die Mitglieder zum Verkauf kommen. Die organisierten Arbeiter werden in ihrem eigenen Interesse auf diese Gelegenheit, ihren Be-darf billig und gut zu decken, hingewiesen.

Abrechnungen

Abrechnungen für das 4. Quartal haben eingelangt: Gau 5: Annaberg 879,70, Bauen 18 676,30, Bischofswerda 2266,04, Borna 575,05, Chemnitz 13 633,60, Crimmitschau 10 705,70, Döbeln 905,40, Dresden 62 238,30, Ebersbach 648,18, Freiberg 393,60, Glauchau 664,05, Grimma 494,10, Groitzsch 262,88, Großenhain 188,70, Löbau 138,50, Röhitz 319,60, Reichen 751,95, Deberan 323,60, Delsnitz 376,—, Flauen 2420,40, Pirna 629,08, Reichenbach 323,60, Riesa 185,40, Schlettau 562,30, Stoll-berg 48,45, Werdau 465,70, Wurzen 1010,35, Zittau 1781,70, Zwickau 4521,14 M. Gau Leipzig: 175 171,35 M.

S. Kodahl.

Briefkasten

M. in Wesel. Anzeige kostet 16,— M.

A. M. M. Warum verschweigst Du denn den Namen der Firma? Hole Veräurteilung nach.

Anzeigen

Inseren verehrten Kolleginnen Fr. Udele Kemten und Fr. Dora Wetmann zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder der Zastelle Wesel a. Rh. Unserer verehrten Kollegin Selene Laßk nebst Gatten die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zastelle Glauchau.

Für unsere Kolleginnen

Der Frauen Zukunft.

Mit den größeren politischen Rechten, die durch die Revolution dem deutschen Volke zugefallen sind, ist so manches in Erfüllung gegangen, für das die Gewerkschaften jahrzehntelange Kämpfe geführt haben. Vor allem ist auch den Frauen die volle Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft gewährt worden.

Es zeigt sich aber in der Folgezeit, daß es mit der Revolutionierung von Gesetz und Recht allein nicht getan ist. Die rein äußerliche Umwälzung bleibt unwirksam, wenn nicht eine Revolutionierung des Geistes die Erfolge der Staatsumwälzung sichert. Die Frau ist jetzt berufen, gleichberechtigt neben dem Manne im Parlament die Geschicke des Volkes zu lenken, wäre es da nicht ein bitteres Unrecht, in untergeordneten Dingen die Gleichberechtigung zu verlagern?

Als ein Beweis dafür, daß die Gleichberechtigung der Frau sich mehr und mehr durchzusetzen beginnt, kann die Annahme des Gesetzes, betreffend die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Reichstag Ende 1921 gelten. In den Schlichtungsausschüssen und Miteinigungsämtern war im Prinzip die Zulassung der Frau zum Valenrichteramts bereits durchgeführt worden. Die Zulassung zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten war also nur noch eine Frage der Zeit. Und auch diese nunmehr erfolgte Zulassung darf nur eine Etappe auf dem weiteren Vormarsch der Frauenrechte sein. In der Tat steht ein weiterer Schritt bevor: Die Berufung der Frau zum Schöffen- und Geschworenennamt. Auch damit darf es kein Bewenden nicht haben, den Frauen ist der Weg zur Beteiligung in der allgemeinen Rechtspflege und zur Ausübung des Richter- und Rechtsanwaltsamtes zu erschließen! Gegen diese Forderung wendet sich die bürgerliche Welt mit Argumenten, die auch der Reichsrat sich zu eigen machte, als er zum Gesetzentwurf über die Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenennamt Stellung nahm. Da wird zunächst ins Feld geführt, daß die Frau infolge ihrer seelischen Eigenart mehr als der Mann gefühlsmäßigen Einflüssen unterworfen und somit an der objektiven Aufnahme und Beurteilung von Tatvorgängen behindert sei. Infolge ihrer körperlichen Eigenart befinde sich die Frau zu Zeiten in einem Zustand größerer Reizbarkeit und verminderter Widerstandsfähigkeit und sei dann den Anforderungen längerer Hauptverhandlungen nicht gewachsen. Weiter sei zu befürchten, daß eine Verwechslung der Rechtspflege eintrete, da die Frau an Tatkraft und energischem Durchgreifen hinter dem Manne zurückstehe. Da zu befürchten sei, daß der Mann eine Abneigung dagegen habe, sich von Frauen aburteilen zu lassen, bestehe die Gefahr einer Minderung des Ansehens der Gerichte. Und da in der Hauptsache wohl gerade die gute Hausfrau und Mutter von dem den Frauen zu gewährenden Recht der Ablehnung des Richteramtes Gebrauch machen würde, könne es geschehen, daß das Frauen-Richteramt in weniger berufene Hände gerate.

So wenig stichhaltig diese in der bürgerlichen Vorstellungswelt wurzelnden Gründe sind, mit der machtvoll fortgeschrittenen Ertüchtigung der Frauen im Kampf ums Dasein verfallen sie auch in der bürgerlichen Welt mehr und mehr. Es ist aber aus diesem Stand der Dinge zu erkennen, daß mit äußerlichen Veränderungen, die durch die Revolution hervorgerufen wurden, nicht viel getan ist, wenn nicht die ganze Denkungsart revolutioniert wird. Die Frauen haben in der Tat nicht wenig dazu beigetragen, daß sie bei ihrem Vordringen auf erhebliche Schwierigkeiten und Vorurteile stoßen, ist es doch eine bekannte Tatsache, daß Mitzisimus und Aberglaube in der Frauenwelt am tiefsten wurzeln. Der jähle Sturz der weltlichen Herrlichkeit hat darin wohl einen pflanzlichen Wandel geschaffen, doch haben die Frauen noch sehr viel an sich selbst zu arbeiten, um all die Voraussetzungen zur Erweiterung ihrer Rechte und Beteiligung im Leben des Volkes schaffen zu helfen.

Das gilt auch vom gewerblichen und gewerkschaftlichen Leben. Im harten Kampf ums Dasein werden die Frauen schon längst in einem Maße zur gewerblichen Arbeit herangezogen, das der Ausnutzung der Arbeitskraft des Mannes nicht nachsteht. Hier fragte das Bürgerium nicht nach der seelischen und körperlichen Eigenart der Frau. Sie war einfach Ausbeutungsobjekt, so gut wie der Mann es auch war. Hier sah sich selbst der bürgerliche Staat im Interesse der Erhaltung von Volksgesundheit und Volkskraft zum Einschreiten genötigt, und bequeme sich zu besonderen sozialen Schutzgesetzen. Was den Frauen im Erwerbsleben ohne Rücksicht auf ihre Sonderheiten zugemutet wird, soll ihnen auch im sonstigen Daseinstamp und gesellschaftlichen Leben zugute gehalten werden. Für die Gleichstellung der Frauen im gewerblichen Leben gilt deshalb schon längst die Forderung der gleichen Bezahlung ihrer Arbeitskraft wie beim Manne. Auch hier heißt es für die Frauen, selbst für ihre Forderungen mehr als bisher einzustehen und für ihre Durchsetzung zu kämpfen. Die Frauen müssen für das gewerbliche Leben zunächst einmal das gleiche Interesse bekunden, wie es der Mann an den Tag legt. Sie müssen sich reger an den Veranstaltungen ihrer Gewerkschaft beteiligen und durch größere Anteilnahme an allen gewerblichen Tagesfragen die Befähigung für eine größere Anteilnahme an der gewerblichen Verwaltungsbearbeitung zu erlangen trachten. Der Anteil der Frauen an der Beteiligung und Führung im gewerblichen Kampfe ist viel zu gering. Besonders in Gewerkschaften mit einer großen oder gar überwiegenden Anzahl weiblicher Mitglieder müssen die Frauen viel mehr einbringen in alle von dem gewerblichen Interesse berührten Institutionen. Sie müssen geeignete Vertreterinnen

entsenden in die Orts- und Hauptverwaltungen, in Fachauschüsse und Tarifkommissionen, in Betriebsräte, Schlichtungsausschüsse und Gewerbegerichte. Hier gilt es, den Frauenrechten zur Anerkennung zu verhelfen und wirksam für sie einzutreten. Es genügt nicht, sich mit Neugierlichkeiten zufriedenzulassen, eingeschriebenes Mitglied einer Kampforganisation zu sein und doch an der überkommenen Anschauungsweise bürgerlicher Denkungsart festzuhalten. Treue Mitarbeit sei die Lösung. Dabei kommt es aber nicht allein darauf an, den Bruch mit der alten Anschauungsweise und Vorstellungswelt zu vollziehen, sondern eine auf eigenes Wissen gegründete Urteilskraft zu erringen. Es gibt ja heute so viele, die sich in radikalen Tönen und Forderungen nicht genug tun können, ohne zu merken, wie sehr sie es an Vernunftsgründen fehlen lassen und noch ganz in der Kleinbürgerlichen, beschränkten Vorstellungswelt befangen sind. Sie haben es an der Revolutionierung des Geistes fehlen lassen und begnügen sich mit einem revolutionären Surrogat, das durch die ausschließliche Einstellung auf eine gegen die Kapitalisten gerichtete Rachepolitik gekennzeichnet wird. Durch Rache ist die Menschheit nicht zu einer höheren Entwicklung zu bringen. Je größer die Macht und um das Wissen des Proletariats, desto mehr wird auch sein Einfluß auf das produktive und gesellschaftliche Leben werden, desto mehr nähert sich die Wirtschaft dem Zustand, der von den Gewerkschaften erstrebt wird. Mit der Revolutionierung der produktiven und rechtlichen Verhältnisse, die sich im ständigen Fluß des Geschehens vollzieht, muß die Revolutionierung des Geistes einhergehen und umgekehrt. Für die Frauen gilt daher der Satz: Der Frauen Zukunft ist in eure Hand gegeben! Selbst den Gewerkschaften, aufbauende Arbeit zu verrichten. Macht euch frei, ihr erwerbstätigen Frauen, werdet wissend und klug, erwerbt eigene Urteilskraft durch Vergleiche in allen Dingen! Macht euch frei, indem ihr die bürgerliche Denkweise und Weltanschauung überwindet. Ein Wort Lessings sagt:

„Der Aberglaube, in dem wir aufgewachsen, verliert, auch wenn wir ihn erkennen, darum doch seine Macht nicht über uns. — Es sind nicht alle frei, die ihrer Ketten spotten.“

Zuschrift.

Sch hab' es mit zum Erstorknen in dieser Zeit der schweren Not, in dieser Mitleidzeit der Spülte, in dieser Zeit von Salz und Brot.

Sch sage nicht, es muß sich wenden, und heller wird die Welt erstehen, es kann der edle Keim des Lebens nicht ohne Frucht verloren geh'n.

Der Klang von Frühlingsvögeln, von dem wir schauernd sind erwardt, von dem noch alle Wispel rauhen, er kommt noch einmal, über Nacht!

Und durch den ganzen Himmel rollen wird dieser letzte Donnerschlag; dann wird es wirklich Frühlings werden und hoher, heller, goldner Tag.

Theodor Storm.

Nicht mit den Frauen, nicht ohne sie.

Das Verhältnis zwischen Mann und Frau und besonders ihr Zusammenleben in der ehelichen Gemeinschaft ist ein Problem, das die Köpfe und Gemüter der Menschen und Völker seit Jahrtausenden beschäftigt. Nach einer uralten Sage hat der Herrgott den Menschen ursprünglich doppelgeschlechtlich geschaffen, dann aber dies Doppelwesen in zwei Teile, Mann und Weib, zerhackt. Seit dieser Zeit suchen sich die beiden Hälften in unstillbarer Sehnsucht und Streben nach Wiedervereinigung. Aber eine dauernde Vereinigung der beiden getrennten Hälften ist unmöglich, da eine ewige Feindschaft besteht zwischen ihnen. So vollzieht sich denn ein fortwährendes Suchen und Trennen, ein Finden und Verlieren, ein Hin- und Herbewandern zwischen Liebe und Haß.

Eine indische Legende gibt diesen inneren Gegensatz zwischen Mann und Weib in einer humoristischen Form wieder. Ein Ehemann kam zu dem Gotte Traschtri, der die Ehen schließt und klagte ihm seine Not. Er könne es bei seiner Frau nicht aushalten, sie rede unaussprechlich und raube ihm dadurch seine Ruhe bei Tag und Nacht. Der Gott versprach ihm Hilfe und nahm ihm die Frau weg, aber schon nach einer Woche ersehnte der Ehemann wieder und jammerte über sein Unglück. Sein Leben sei einsam und eintönig ohne das muntere Geplauder seiner Gattin, und erbat deshalb inständig um die Rückgabe der Frau. Auch diese Bitte willfahrte der gültige Gott, und glückselig wanderte der Ehemann mit seinem Weibe heimwärts. Noch waren keine drei Tage vergangen, da stand der Mann wieder vor Traschtri und beschwor ihn, die Frau zurückzunehmen, da er mit ihr nicht mehr zusammenleben könne. Da wurde der Gott unwillig und sprach: „Gehe deines Weges und ertrage dein Schicksal mit Geduld!“ Und als er dann wehlagte, daß er nicht mit ihr leben könne, antwortete der Gott: „Das ist eben das Schicksal des Mannes, daß er weder mit dem Weibe, noch ohne das Weib leben kann.“

Auch in der griechischen Dichtung wird der Zwiespalt zwischen Mann und Frau häufig behandelt. Besonders der Weltfeind Aristophanes glebt die Laune seines

Spottes über die Frau als Geschlechtswesen aus. In seinem Lustspiel „Lysistrata“, einem der pikantesten Stücke der Weltliteratur, legte er dem Chorführer der Männer folgende bitteren Worte in den Mund:

„Weiber ist kein Stom des Feuers, Retzender kein Ungetüm, Als das Weib, und selbst des Panthers Grimm'ge Mut ist milder schlimm. Auf die Frau'n geworfen hab' ich Mut und Haß für alle Zeiten. Geht zum Heiter, Schmeicheltagen, Ewig wahr bleibt doch der Satz: Weiber mit euch kommt man aus, noch ohnel!“

Der letzte Satz rührt her von dem altgriechischen Summaristen Euripid, der einmal sagte: „Die Weiber sind das eigenartigste Ding in der Welt. Wir Männer können nicht mit ihnen auskommen und ohne sie erst recht nicht.“ Dieses Wahrwort gilt auch heute noch wie vor drei Jahrtausenden. Männergeschick! —

Die Frau im Haus und Beruf.

Proletarische Ehefrauen.

Man hat in Bayern drei Gruppen von Frauenberufen gefunden, die eine höhere Sterblichkeit als den dreifachen Durchschnitt aufweisen. Das sind die Ackerbäuerinnen, die Mägde und die — Ehefrauen! Also jede Proletarierin, die heiratet, verliert damit ihr Leben um mehrere Jahre, und jeder Proletarier, der eine Proletarierin zur Frau nimmt, bringt damit die Gesundheit seiner Frau in Gefahr. Proletarische Hausfrauenarbeit ist damit eine der schwersten und gefährlichsten Arbeiten, die Frauen überhaupt verrichten. Einmal leistet die Frau durch die Mutterschaft der Gesellschaft Arbeit, dann durch die Tätigkeit für die Familie vom frühen Morgen bis zum späten Abend, und dann arbeiten so viele Proletarierfrauen noch außerhalb des Hauses, weil die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse sie dazu zwingen. Die proletarische Ehefrau kennt auch heute noch keinen Achtstundentag! Das ist darum einer der wichtigsten Gründe für die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Sicherstellung des Arbeiters, daß die proletarische Ehefrau nicht mehr wie heute unter dem Leben zu leiden hat, daß sie ihrer Familie möglichst lange in Gesundheit erhalten bleibt.

Wie schwer Arbeit auf die Gesundheit der Frau schädlich einwirkt.

beweist uns eine Arbeit, die Maes in der Zeitschrift für Hygiene über die Sterblichkeitsverhältnisse der Krankenschwestern gibt. Auf Grund vorhandener Aufzeichnungen werden in dieser Arbeit die Sterblichkeitsverhältnisse in einigen geistlichen und weltlichen Schwesternverbänden verglichen. Ein großer Teil der Schwestern stirbt danach in jüngeren Jahren als die Frau im allgemeinen. Während von den Frauen allgemein der größere Teil nach dem 50. Lebensjahre stirbt, erreicht von den Schwestern der größere Teil das 50. Lebensjahr nicht. Besonders gefährdet sind sie in den ersten Jahren nach dem Eintritt in die Krankenpflege. Sind diese ohne Schädigung überstanden, so ist Aussicht vorhanden, daß die Schwestern lange Jahre gesund und leistungsfähig bleibt und ein hohes Alter erreicht. Auffallend ist die hohe Zahl der Todesfälle durch Selbstmord, die bei den in der Berufsorganisation zusammengefaßten weltlichen Krankenschwestern an der Spitze aller Todesursachen stehen, aber auch bei den geistlichen Schwesternverbänden zahlreicher als bei dem Durchschnitt der weltlichen Bevölkerung Deutschlands sind. Diese Feststellungen werfen zugleich ein bezeichnendes Licht auf die Folgen der schweren weiblichen Berufsarbeit überhaupt, unter denen heute ein so großer Teil des weiblichen Proletariats zu leiden hat. Diese Feststellungen beweisen aber zugleich die Notwendigkeit des proletarischen Zusammenstehens, durch den allein dieses unnatürlichen Zustandes ein Ende bereitet werden kann.

Noch ein Wort muß ich den Arbeiterinnen der Welt sagen. Zum erstenmal in der Geschichte haben wir Frauen jetzt politische Macht. Und diese Macht legt uns Verantwortung auf. Es herrscht das Chaos, das Maß der Leiden ist voll, und das alles unter der Alleinherrschaft des Mannes. Seien wir ehrlich gegen uns selbst und die Todsünden der Geschichte. Unter allen Herrschaftsformen und Gesellschaftsordnungen hat die Menschheit Krieg und Frieden, Armut und Reichtum, Entbehrung und Ueberfluß gekannt. Wir Frauen sind keine Theoretiker. Wir können unsere Kinder nicht von Theorien ernähren und lieben, wir können unser Haus nicht heizen und sauber machen mit Theorien. Wir Frauen sind Realisten. Wir wollen den Mächtigen dieser Erde bei allen Nationen zurufen: „Wir Frauen sind milde eures Feilschens und Debatierens und eures Rufes von Theorien. Die Erde ist so reich an Lebensmöglichkeiten. Kluge Köpfe und starke Arme gibt es genug in allen Ländern. Wir fordern eine Ausnutzung des Bodens und der menschlichen Arbeitskraft auf der ganzen Welt, die uns Brot, Wärme, Erziehung für unsere Kinder und Frieden sicherstellt. Wir wollen gern arbeiten, wir wollen aber auch die Früchte unserer Arbeit ernten. Wir lassen uns nicht länger abspeisen mit euren Parteibüchlein. Entweder wir haben Arbeit, Nahrung und ein Obdach, oder wir sind arbeitslos, müssen hungern und frieren. Entweder Friede oder Krieg. An einem jeden Nachtag werden wir unter Urteil über die Partei, die am Auber ist, davon abhängig machen, was sie geleistet hat für die allgemeine Wohlfahrt.“

Margarete Dreier-Robins auf dem Zweiten internationalen Arbeiterinnenkongress.